

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 06.06.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Herr Gröger, Bürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, begrüßte die Mitglieder des Haupt- und Rechnungsprüfungsausschusses zur gemeinsamen Beratung im Tagesordnungspunkt 1. Die Einladung und die Beratungsunterlagen wurden rechtzeitig ausgereicht. Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse wurde festgestellt.

Es fehlten:

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Bönecke, Matthias

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

2. Genehmigung der Niederschrift vom 26.04.2007

Das Protokoll vom 26. April wurde einstimmig bestätigt.

3. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Bürgermeister Gröger gab die in der Sitzung am 26.04.2007 im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt.

4. Beschlussfassungen

4.1. Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre Vorlage: BV/128/2007/II-20

Frau Lohde, CDU-Fraktion, teilte mit, dass sich ihre Fraktion mit den Fraktionen SPD und Bürgerliste/Die Grünen abgestimmt und an Frau Nußbeck eine Liste übergeben

habe, wo wesentlicher Bedarf für die Einarbeitung gesehen wird. Ziel sei es, damit eine Mehrheit bei der Beschlussfassung des Haushalts zu erreichen.

In den Haushaltsausschusssitzungen am 23., 24. und 30. Mai 2007 wurden Anträge gestellt, entgegnete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Sie werde die geänderten Passagen heute im Einzelnen darstellen, welche als Austauschblätter für die Dokumente des Haushaltes (Haushaltskonsolidierung und Haushaltssatzung) zur Sitzung des Stadtrates am 20.06.2007 übergeben werden.

Es erfolgte die Darlegung der an den jeweiligen Sitzungstagen gestellten Anträge und der entsprechenden Änderung durch **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Betreffs der Anfrage im Haushaltsausschuss zur Grundsteuer B bei Anhebung des Hebesatzes wurde eine Übersicht zu den Auswirkungen übergeben. Frau Nußbeck erklärte, der Vorschlag werde zurückgenommen.

In der sich anschließenden Diskussion wies zunächst **Herr Giese-Rehm** darauf hin, dass Konzeptionen im Sozialbereich sowie der Kinder- und Freizeitstätten dringend fortgeschrieben werden müssen. Es seien neue Wohngebiete entstanden, wo man sehen müsse, wie der Bedarf dort ist. **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, merkte an, dass dies in Vorbereitung ist.

Frau Lohde sprach an, Ziel sei gewesen, durch den Aufbau einer modernen Verwaltungsstruktur noch mehr Personalkosten einzusparen. Überdacht werden müsse, was mit den Immobilien, z. B. in der Schillstraße und der Kaserne in Roßlau nach 2011 werden soll. Dieser Prozess muss transparent gestaltet werden. Der Veräußerungsgedanke ist wirklich nachrangig zu werten, weil es Alternativen gibt. Aufgabenkritik in städtischen Betrieben kann nicht heißen, die DVV oder DWG sind die Verlustbringer. Die Fragen müssen auch an andere Gesellschaften gestellt, aber strategischer angegangen werden. Hier sind Alternativen zur Optimierung aufzuzeigen.

Wir hatten gesagt, wir brauchen ein Personalentwicklungskonzept, führte **Herr Eichelberg** aus. Dazu gehöre auch die Verwaltungsstrukturreform, die zeitnah angegangen werden muss, damit mit einer modernen Verwaltung gearbeitet werden kann.

Als weiteren Hinweis gab Herr Eichelberg, dass für die Zukunft weiter mit ABM gearbeitet werden muss. Es sind Prioritäten zu setzen und Kosten der Unterkunft zu senken.

Man habe sich dazu schon verständigt, erwiderte **Herr Wolfram**. Es gibt Prämissen bei der Kommunalen Beschäftigungsgesellschaft. Es gehe um die Möglichkeiten, hier den Haushalt zu entlasten. Es werden Dinge analysiert und der Sozialausschuss werde in wenigen Tagen über die Maßnahmen informiert.

Sich auf einen Zeitungsartikel beziehend, wies **Herr Schönemann** auf Aussagen des Finanzministers hin, in denen weniger Zuweisungen angekündigt wurden. Des Weiteren äußerte Herr Schönemann Anerkennung, dass andere Fraktionen kooperierten, um den Beschluss des Haushaltes zu ermöglichen. Er sehe in den Dingen aber keinen Unterschied zu denen, die generell schon als Aufgaben stehen.

Dass die Veräußerung von Eigenbetrieben als letztes Mittel angesehen wird, heißt die Verlustbringer sind bekannt. Sicherlich ist der Umgang mit diesen zu prüfen. Vom

Grundsatz her sprach Herr Schönemann der Finanzdezernentin Dank aus, dass sie der Einladung in die Fraktion gefolgt ist und für das Haushaltskonsolidierungskonzept und für Kompromisse geworben hat.

Die PDS-Fraktion habe sich verständigt, welche Möglichkeiten sie sieht, jetzt noch vor der Fusion den Haushalt zu kreieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wolle sie konsequent bleiben, insbesondere bzgl. des Personalkonzeptes. Die Dessauer Konturen seien klar und müssen bis 30.06. feststehen. Die PDS-Fraktion sehe keinen Grund, dem Haushalt zuzustimmen. Ob man sich enthalte, ist noch offen.

Verwaltungsstrukturreform bedeute nicht, so weiter zu machen wie bisher. Sie bedeute Aufgabenverzicht, merkte **Frau Lohde** an. Des Weiteren betonte sie, dass wesentliche Aussage ist, und diese müsse festgehalten werden, dass z. B. die Anhaltische Gemäldegalerie in eigener Regie bleiben muss. Das politische Signal darf nicht so verstanden werden, dass wir das weggeben.

Auf Anfrage legte **Frau Nußbeck** dar, dass Herr Landgraf vom Anhaltischen Theater daran arbeite, wie der Konsolidierungsvorschlag aus 2006 umgesetzt werden kann, ohne das 3-Sparten-Theater grundsätzlich aufzugeben. Im Moment laufe der Antrag beim Land auf Zuschuss, wenn dieser abgelehnt wird, müsse man neu reden.

Herr Bürgermeister Gröger informierte, dass es Bewegung gab und Einigkeit, dass Städte wie Dessau, Stendal oder Eisleben, die für die Region Kultur vorhalten, eine gesetzliche Grundlage benötigen. Es wird an einem Umlagegesetz gearbeitet und ist Diskussionspunkt. Ob sich Herr Minister Olbertz durchsetzen kann, müsse man sehen.

Es wurde von **Herrn Eichelberg** die Frage an die übrigen Fraktionen gerichtet, ob unter Berücksichtigung der heute unterbreiteten Vorschläge dem Haushalt zugestimmt werde. Hierzu gab es **zustimmende Meinungsäußerungen** von **Herrn Bönecke** und **Herrn Dr. Plettner**.

Frau Beigeordnete Nußbeck erklärte, man wolle im Vorfeld der vorgesehenen Beschlussfassung am 20.06. die Eckpunkte mit dem Landesverwaltungsamt abstimmen, so dass man optimistischer, wenn auch mit Auflagen, der Genehmigung entgegensehen könnte.

Dem Beschlussvorschlag zur BV 128/2007/II-20 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 07:02:00

4.2. Haushaltssatzung 2007 Haushaltsplan 2007 Finanzplan 2007 Stellenplan 2007 Vorlage: BV/139/2007/II-20

Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7:2:0

4.3. Eingliederung der Gemeinde Horstdorf zum 01.01.2008 Vorlage: BV/169/2007/I-80

Eingangs informierte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass von Horstdorfer Seite erklärt wurde, dass diese Fassung des Vertrages nochmals durch ihren Gemeinderat gehen soll. Herr Gröger betonte, zwischenzeitlich sollte man zu dem Ausgehandelten stehen und dies als Signal senden.

Herr Schönemann fragte nach, ob es denkbar wäre, sich mit einem Bürgerbrief an die Horstdorfer zu wenden und ihnen den Vertragsinhalt zu erläutern.

Die Information der Horstdorfer Bürger sei sicher sinnvoll, merkte **Herr Giese-Rehm** an. Dieses Papier sollte aber gemeinsam erarbeitet werden. Er warnte davor, sich direkt an die Bürger zu wenden. Hinsichtlich eines Signales könne dies mit der Information in der Presse über unseren gefassten Beschluss nach dem 20.06. erfolgen.

Letzterem stimmte **Herr Bürgermeister Gröger** zu. Wenn von Horstdorfer Seite das Interesse gezeigt werde, könne man das Angebot einer Einwohnerversammlung unterbreiten, welche sie aber selbst organisieren müssten.

In der weiteren Diskussion wurden Fragen der Bedeutung der ausgehandelten und evtl. künftigen Verträge für die Stadt Dessau erörtert, wobei **Herr Kolze** erklärte, er werde dem Vertrag mit Horstdorf in dieser Form nicht zustimmen.

Frau Lohde betonte, zu berücksichtigen sei die Frage der unterschiedlichen Behandlung der neu hinzu kommenden mit den alten Vororten, worauf **Herr Bürgermeister Gröger** entgegnete, es sei aber vor allem eine Frage der Zuverlässigkeit des Umgangs mit den umliegenden Gemeinden. Wenn der Vertragsentwurf am 20.06. bestätigt wird und wir ihn nach Horstdorf geben, werden wir dem gerecht, was die Region von Dessau erwartet. Alles andere wäre aufgrund der gegebenen Zugeständnisse ein Fauxpas.

Es erfolgte von Herrn Kolze der Hinweis, dass man auf einem guten Weg sei, zu einer ländlichen Struktur der Stadt zu werden. Er warnte davor, dies außer Acht zu lassen, da Erreichtes beim Land hart erkämpft werden musste.

Nachdem **Herr Dr. Plettner** den **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion** gestellt hatte, wurde die Vorlage zur Abstimmung gebracht.

Die Vorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 6:0:2

4.4. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2006 Vorlage: BV/159/2007/II-20

Herr Bürgermeister Gröger informierte, dass der Vorstand mit 28:04:00 entlastet wurde.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6:0:2

4.5. Gebietsaustausch mit der Stadt Oranienbaum

Vorlage: BV/184/2007/I-80

Herr Bürgermeister Gröger erinnerte an zurückliegende Erläuterungen zu diesem Sachverhalt. Es erfolgte ein kurzer Meinungs austausch vor der Abstimmung zur Vorlage.

Der Hauptausschuss stimmte der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 7:0:1

5. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

5.1. Durchführung eines Wettbewerbs für die städtebauliche Reparatur des Ensembles der Meisterhäuser in Dessau

Vorlage: IV/014/2007/VI-61

Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes, erläuterte das Ergebnis der Beratungen im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt sowie im Kulturausschuss. Die Informationsvorlage werde für die nächste Hauptausschusssitzung aktualisiert vorbereitet, sagte Herr Bürgermeister Gröger zu.

Auf Nachfrage von Herrn Giese-Rehm bestätigte Herr Bürgermeister Gröger, dass die Nutzung vorher im politischen Raum diskutiert werde und sich diese selbst tragen müsse.

Die Vorlage wurde z. Ktn. genommen und in den nächsten Hauptausschuss verwiesen.

5.2. Namensänderung bei den Städtischen Eigengesellschaften und Eigenbetrieben

Vorlage: IV/035/2007/I-30

Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, erläuterte die Vorlage. Das Rechtsamt werde das Verfahren unter Kontrolle behalten.

Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

Bürgermeister u. Dezernent für Bauwesen Karl Gröger
Vorsitzender Hauptausschuss

Edeltraud Baumer
Schriftführer